

INTEGRATIONSSCHULE

Ausgesondert

Die meisten Kinder mit Behinderungen gehören in normale Schulen. Nur Deutschland hat das noch nicht verstanden

VON MARTIN SPIEWAK

Als Martina Siebenhaar* ihren Sohn vor einem Jahr das erste Mal auf der Bühne sah, dachte sie erschrocken: Vielleicht haben wir doch die falsche Entscheidung getroffen. Einen Jungen mit Asperger-Syndrom, einer Form des Autismus, ausgerechnet auf eine theaterbetonte Schule zu schicken! Ihren Simon zu ermuntern, sich vor hundert unbekanntem Menschen zu präsentieren, wo es ihm doch schon im Alltag schwerfällt, Kontakt zu Gleichaltrigen aufzunehmen! Stocksteif brachte er damals seinen kurzen Part hinter sich, versteckt hinter einer Maske.

Ein Jahr später scheint ein anderer Simon auf der Bühne zu stehen. Diesmal hat der Junge eine Hauptrolle übernommen, freiwillig. Geschmeidig schleicht er in der Rolle des Räubers über die Bühne. Ohne Verhaspeln spricht er seinen Text und genießt den Applaus. Am Ende heißt es, er sei einer der besten Schauspieler gewesen.

An der Erika-Mann-Schule kann man viele solcher kleinen Erfolgsgeschichten hören. Vom mutistischen Mädchen, das anfangs mit niemandem sprach und jetzt einen Vortrag vor der Klasse hält. Von dem Sonderschüler, der den Sprung auf die Realschule schaffte, oder dem Jungen mit starker Lese-Rechtschreib-Schwäche, der bald aufs Gymnasium wechselt. Seit zehn Jahren hat sich die Berliner Grundschule der Integration von behinderten Kindern verschrieben. Acht Prozent der Schüler haben hier einen besonderen Förderbedarf, wie es pädagogisch korrekt heißt. Sozial auffällige Kinder sind darunter, extreme Stotterer, Schüler mit Downsyndrom, Jungen mit Lernschwächen. Im Unterricht sitzen sie neben anderen Schülern, und häufig spielen alle gemeinsam Theater, denn dies ist eines der wichtigsten Integrationsinstrumente an der Erika-Mann-Schule. »Beim Theater merkt jeder Schüler, dass er wichtig für das Ganze ist«, sagt Schulleiterin Karin Babbe.

Am kommenden Montag erhalten die Direktorin und ihr Team gemeinsam mit zwei anderen Schulen den Jakob-Muth-Preis zugesprochen. Mit der Auszeichnung prämiert die Bertelsmann Stiftung, die Behindertenbeauftragte des Bundes und die deutsche Unesco-Kommission erstmals Schulen, die sich für das gemeinsame Lernen behinderter und nicht behinderter Schüler einsetzen. Der Preis, benannt nach einem frühen Vorkämpfer der Integration, kommt zum rechten Zeitpunkt. Denn seit März dieses Jahres gilt auch in Deutschland die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (siehe Kasten). Sie garantiert allen Schülern mit einem geistigen oder körperlichen Handicap das

Recht, zusammen mit ihren gesunden Alterskollegen unterrichtet zu werden. Die Vereinbarung stellt damit das bisherige System der Sonderschulen infrage. Im Lichte der UN-Konvention erscheint es nun als höchst fragwürdig, Kinder, die nicht ins Raster der Normalität passen, in Spezialeinrichtungen abzusondern.

Mehr als achtzig Prozent aller behinderten Kinder in Deutschland werden in Sonderschulen unterrichtet. Dabei zeigen sich viele Probleme des deutschen Bildungswesens in den Schulen für Lern-, Körper- oder geistig Behinderte in zugespitzter Form: die extreme föderale Zersplitterung, die unterschiedlichen Entwicklungschancen von Schülern je nach Wohnort, die soziale Schieflage, die jahrzehntelange Reformresistenz der Politik.

International gilt Deutschland längst als Sonderfall. »Was Integration angeht, sind wir Schlusslicht«, sagt die Berliner Erziehungswissenschaftlerin Jutta Schöler, eine der Initiatoren des Jakob-Muth-Preises. Während Nationen wie Italien ihre Sonderschulen schon vor dreißig Jahren abgeschafft haben, Länder wie Großbritannien, Norwegen oder Schweden nur rund ein Prozent aller Schüler in Spezialschulen unterrichten, liegt die Sonderschulquote hierzulande bei über fünf Prozent. Angesichts dieser Zahl muss man statt von einem drei- längst von einem viergliedrigen deutschen Schulsystem sprechen.

Im Frühjahr 2006 hatte der UN-Sonderberichterstatter Vernor Muñoz der Bundesrepublik in seinem Landesbericht deshalb ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Doch während seine Kritik an der frühen, leistungsbezogenen Aufteilung der Schüler auf Haupt-, Realschulen und Gymnasien heiß diskutiert wurde, ging seine weitaus schärfere Rüge an dem diskriminierenden Charakter der Sonderschule fast unter. Die »vergessenen« Kinder nennt der Hamburger Professor für Lernbehindertenpädagogik Karl-Heinz Wocken die Sonderschüler zu Recht. Selbst die Pisa-Studie, ansonsten für jede aufgeregte Debatte über unser Bildungssystem gut, hat daran wenig geändert. Kein Wunder, tauchen die Förderschulen für Behinderte im Leistungsvergleich gar nicht erst auf.

In Deutschland hält man es immer noch für normal, dass •in allen Bundesländern Kinder einer Sonderschule zugewiesen werden können, selbst wenn die Eltern dies nicht wollen,

- Migrantenkinder doppelt so häufig auf diesen Schulen landen wie ihre Alterskameraden,

- Schüler, die blind, körperbehindert oder gehörlos sind, sich geistig jedoch völlig normal entwickeln, nur selten Abitur machen, weil es kaum Spezialschulen mit einer Oberstufe gibt.

Kein anderes Land der Welt pflegt ein so hoch differenziertes Sonderschulwesen wie die Bundesrepublik. Acht verschiedene Kategorien kennt die Statistik der Kultusministerkonferenz: vom »Förderschwerpunkt Lernen« über das »Hören, Sehen und Sprechen« bis zum »Förderschwerpunkt soziale Entwicklung«, sprich Verhaltensauffälligkeit. Für nahezu jede Behinderung gibt es Schulen mit eigenen

Lehrplänen, besonderen Pädagogen, die in gesonderten Ausbildungsgängen mit eigenen Professoren ausgebildet werden.

Die ursprünglichen Gründe für die exklusive Beschulung waren durchaus achtbar. Nach der mörderischen Euthanasiepolitik der Nazis ließ sich das teure Sonderschulwesen als Teil der Wiedergutmachung an den Behinderten verstehen. Auf dem Feld der Heilpädagogik ist Deutschland international bis heute führend. Deutschland baute seine Spezialschulen immer weiter aus, auch noch, als andernorts längst die Integration postuliert wurde. Hierzulande sei man eben »immer besser im Aussortieren als im Einsortieren«, sagt die Bundesbehindertenbeauftragte Karin Evers-Meyer.

Nur eine Minderheit der Regelschulen entscheidet sich bis heute bewusst gegen diese Abschiebepädagogik, ganz wenige tun dies mit solchem Nachdruck wie die Erika-Mann-Schule. An der Berliner Schule im Brennpunktstadtteil Wedding stammen drei Viertel aller Jungen und Mädchen aus Migrantenfamilien. Da hier jedes Kind etwas anders ist, fallen die Schüler mit einem Handicap kaum auf. »Alle Kinder brauchen Förderung«, erklärt Schulleiterin Babbe die Philosophie ihrer Schule, »die einen etwas mehr, die anderen etwas weniger.«

Die Selbstverständlichkeit, mit der an der Erika-Mann-Schule gemeinsam gelernt wird, hat die Jury des Jakob-Muth-Preises besonders beeindruckt. So muss man in der Englischstunde der 6C schon genau hinschauen, um die vier Schüler mit Lernbehinderungen und Verhaltensauffälligkeiten sowie jenes eine Kind mit Autismus ausfindig zu machen. Im »Drachenzimmer«, einem Raum mit schiefen Ebenen und schrägen Sitzgelegenheiten, proben sie mit ihren Mitschülern in Dreiergruppen, wie man sich in der fremden Sprache vorstellt. Während die einen sich mit variantenreichem Vokabular präsentieren, beschränken die anderen sich auf wenige Worte. Bei Klassenarbeiten bieten die Lehrer Aufgabenblätter mit verschiedenen Schwierigkeitsgraden an.

Binnendifferenzierung heißt die pädagogische Methode der Wahl: Jeder Schüler lernt nach seinen Talenten und Interessen. Lehrer, die diese Unterrichtstechnik beherrschen, kommen leichter mit besonderen Schülern zurecht, egal ob sie langsamer oder schneller lernen, behindert oder nicht behindert sind. Simon zum Beispiel hat Probleme, sich vor den anderen zu äußern. Doch im Rechnen gehört er, wie viele Asperger-Kinder, zu den Besten und löst die Aufgaben für Zweitklässler. Eine Sonderpädagogin ist die meiste Zeit in seiner Nähe.

Fünf zusätzliche Lehrer mit einer speziellen Ausbildung unterstützen das Kollegium bei der Integration der behinderten Schüler. In den ersten beiden Schuljahren sind alle Stunden doppelt besetzt. Sogenannte Schulhelfer unterstützen die Förderschüler, wenn nötig, beim Anziehen und Essen oder begleiten sie in einen anderen Raum, wenn sie wie Simon mal eine Auszeit von dem Trubel in der Klasse brauchen.

Martina Siebenhaar hätte ihren Sohn auch an einer Sonderschule anmelden können oder an einer anderen Grundschule, welche alle Autisten in einer Klasse zusammenfasst. Beides lehnte sie ab. »Ich möchte, dass Simon sich unter

normalen Kindern bewährt«, sagt die Mutter. »Später im Leben muss er das ebenso schaffen.«

Die Mutter hat Glück, dass sie in Berlin wohnt. Denn die Chancen für einen Förderschüler, eine normale Schule besuchen zu dürfen, sind zwischen den Bundesländern höchst ungleich verteilt. Während die Integrationsquoten in Berlin, Bremen oder Schleswig-Holstein bei über dreißig Prozent liegen, betragen sie in Niedersachsen oder Sachsen-Anhalt gerade einmal fünf Prozent. Besonders die »Pisa-Siegerländer« Sachsen oder Bayern bestehen auf einer weitgehend getrennten Beschulung. Zwar änderten sich wie überall die Namen: Aus der »Hilfsschule« wurde erst die Sonder-, dann die Förderschule. Die Pädagogik der Isolation blieb dieselbe.

Häufig entscheidet schon die Geografie darüber, ob jemand überhaupt zum Förderfall wird: In Hessen gelten fünf Prozent aller Kinder als Sonderschüler, in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sind es rund doppelt so viele, obwohl der Behindertenanteil im Osten objektiv nicht höher sein dürfte als im Westen der Republik. Das föderale Wirrwarr wird komplett beim Blick auf einzelne Förderfelder. Brandenburg integriert Kinder mit dem Förderschwerpunkt körperliche Entwicklung zu rund achtzig Prozent, Rheinland-Pfalz verzichtet fast völlig darauf. In Schleswig-Holstein besuchen alle blinden Kinder eine Regelschule, im Nachbarland Hamburg sind es nur zwölf Prozent.

Dabei ist ein gemeinsamer Unterricht im Prinzip überall in Deutschland vorgesehen. Einige Bundesländer räumen der Eingliederung offiziell sogar Vorrang ein vor der Sonderbeschulung. Doch das Versprechen der Integration gilt nur im »Rahmen der Möglichkeiten«, wie es in den meisten Schulgesetzen heißt. Und dieser Rahmen ist eng gesteckt. Vor allem nach der Grundschule finden lern- oder körperbehinderte Kinder kaum eine Regelschule, die bereit ist, sie aufzunehmen. Mal sind die Räume zu klein, oder das Schulgebäude ist nicht für Behinderte geeignet, mal mangelt es an sonderpädagogisch geschulten Lehrern. Und überall fehlt das Geld, daran etwas zu ändern. »Das Elternwahlrecht gibt es nur auf dem Papier«, kritisiert Sibylle Hausmanns von der Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben – gemeinsam lernen. »Fast überall müssen Eltern für ihr Recht kämpfen.« Viele Jahre war dies ein einsamer Kampf. Nun spüren die Anhänger der Integration durch die UN-Konvention Rückenwind. Beschämend ist, dass der Anstoß zur Veränderung wieder einmal von außerhalb kommt. Noch streiten Elternverbände und Bildungsministerien, was die deutsche Regierung da genau unterschrieben hat. Kaum jemand zweifelt jedoch daran, dass es gegen den Geist der internationalen Vereinbarung verstößt, wenn mehr als achtzig Prozent aller behinderten Kinder in Sonderschulen unterrichtet werden.

Einige Bundesländer haben reagiert. Bremen plant, alle Förderschulen für Lern- und Sprachbehinderte abzuschaffen, Schleswig-Holstein will die Zahl der Sonderschüler, die auf eine Regelschule gehen, verdoppeln. Modell könnten die Förderzentren für Blinde in Norddeutschland sein, von denen Sonderpädagogen ausschwärmen, um ihre Schüler in einer Regelschule zu unterstützen. Selbst im konservativen Süden können sich die Kultusbehörden dem Trend nicht

mehr entziehen und zeigen sich zwangsweise experimentierfreudig. So wurde einer Waldorfschule im badischen Emmendingen nach jahrelangem Streit der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülern gestattet.

Gleichzeitig zeigen Schulen wie das Werner-von-Siemens-Gymnasium in Bad Harzburg, dass viel mehr möglich ist als bisher angenommen. Seit zwei Jahren integriert die Oberschule drei Kinder mit Downsyndrom und ein mehrfach behindertes Mädchen in den Schulalltag. In den meisten Stunden lernen die Förderschüler mit ihren Klassenkameraden in einem Raum. Die Unterrichtsinhalte sind – so weit wie möglich – aufeinander abgestimmt. Anfangs zeigten sich viele Lehrer skeptisch. »Das ist nicht unsere Aufgabe«, hieß es, oder: »Wir haben genug zu tun.« Heute ist die Schule stolz auf den Versuch. Lehrer und Eltern aus ganz Deutschland wollen wissen, wie die Eingliederung funktioniert. »Für Gymnasien ist es einfacher, geistig behinderte Schüler zu integrieren, als etwa für Hauptschulen, die viel größere soziale Probleme haben«, sagt Konrektor Wilfried Eberts.

Doch nicht nur die Regelschulen gilt es von den Vorteilen der Integration zu überzeugen. Auch viele Sonderpädagogen sehen das gemeinsame Lernen skeptisch. Sie argwöhnen, dass Förderlehrer eingespart werden sollen und ihre Schüler an den Regelschulen am Ende schlechter betreut werden als heute. Zugleich fürchten viele von ihnen die Arbeit an einer normalen Schule, wo statt 10 Kindern wie an der Förderschule plötzlich 25 Schüler in einem Klassenraum sitzen und das Klima oft rauer ist. Ullrich Reuter, Schulleiter der Nürnberger Jakob-Muth-Schule, nennt die Förderschule ein »Nest«, das nicht jeder Lehrer gern verlässt.

Vom kommenden Jahr an geht Reuters Förderschule den umgekehrten Weg. Statt wie bisher sogenannte Außenklassen an Nürnberger Grundschulen einzurichten, will die Jakob-Muth-Schule zwei Klassen mit Regelschülern im eigenen Gebäude eröffnen. Ein gemischter Unterricht ist noch nicht vorgesehen, jedoch so viel Zusammenarbeit wie möglich. Für Bayern ist das schon ein Fortschritt.

Förderschulen werden zu Schulen für alle – wovon Reuter noch träumt, ist im brandenburgischen Birkenwerder schon Wirklichkeit. Die einstige Sonderschule für Körperbehinderte hat sich dort mit einer Gesamtschule zusammengetan und bietet einen Unterricht von der Grundschule bis zum Abitur an. In jeder Klasse sitzen drei bis vier Kinder mit Handicap, einige von ihnen schwerstbehindert und im Rollstuhl. Die Regine-Hildebrandt-Schule, mit vielen Preisen ausgezeichnet, gilt als Beispiel für eine gelungene Integration zweier Schulsysteme. Besonders den Eltern der Region scheint das Modell zu gefallen, auch weil die Schule kleinere Klassen und eine Nachmittagsbetreuung hat. Jedes Jahr muss die Schulleitung mehr Bewerber ablehnen, als sie aufnehmen kann.

Berlin oder Bad Harzburg, Nürnberg oder Birkenwerder – »einen großen Aufbruch« diagnostiziert die Erziehungswissenschaftlerin Jutta Schöler. Ob die Sonderschulen in Deutschland am Ende weitgehend überflüssig werden, lässt sich noch nicht abschätzen. Das Beispiel anderer Nationen zeigt, dass es meist für eine lange Übergangszeit zwei Systeme nebeneinander gibt, die immer

mehr zusammenwachsen. Dabei wird der Druck auf die Politik weiter wachsen.
»Wenn Eltern eine echte Wahl haben, wollen die meisten für ihre Kinder die Integration«, sagt Jutta Schöler. Gleichzeitig steht Deutschland jetzt international unter Beobachtung. In drei Jahren muss die Bundesregierung den Vereinten Nationen Bericht erstatten. Es wäre peinlich, sollte die Regierung keine Fortschritte vermelden können.

*Name von der Redaktion geändert

Weitere Informationen finden Sie hier:

- Die umfangreichen Gutachten zu Sonderschulen in Bremen - Die Homepage des Jakob-Muth-Preises - Dokumentation der Fortschritte der Bundesländer bei der Inklusion

Diesen Artikel finden Sie als Audiodatei im Premiumbereich unter www.zeit.de/audio

ZEIT ONLINE 2009